



Kreistagsbüro

Änderungsantrag der Gruppierung DIE LINKE.Main-Taunus

KT/2025/009/19.WP

ausgegeben am:
13.01.2025

betr.: Haushalt 2025

Der Kreistag möge beschließen:

Änderungsantrag 1:

Zu Produkt 1101 Internes Personalmanagement
Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst

Im Produkt 1101 Internes Personalmanagement wird unter Position 13 ein neues Teilprodukt "Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst" mit 50 TEuro vorgesehen.

Begründung:

Seit Jahren sind insbesondere die Bereiche Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit in der Kreisverwaltung mit vielen unbesetzten Stellen versehen, was die Arbeit stark behindert und nachteilig für die Leistungserbringung ist. Dies nur auf die Bezahlung zurückzuführen, greift vermutlich zu kurz, denn auch außerhalb des ÖD wird teilweise in den genannten Berufsfeldern nicht besser gezahlt (Ausnahme insb. Ärztinnen und Ärzte). Deshalb soll mit externer Unterstützung und unter Einbeziehung des Personalrats und aller Beschäftigten der betroffenen Abteilungen ein gemeinsamer Prozess angestoßen werden, der nach Wegen sucht das Arbeitsumfeld für neue wie gestandene Kolleginnen und Kollegen attraktiver zu gestalten.

Änderungsantrag 2:

Instandhaltungsaufwand für Gebäude gem. KGSt-Empfehlung ansetzen

Unter Pos. 1.2107 (Fremdinstandhaltung) wird der von der KGSt empfohlene Richtwert von 1,2 % des Wiederbeschaffungszeitwertes eingestellt.

Begründung:

Wie schon im Vorjahr soll an der (Bau-)Substanz gespart werden. Die Reduzierung des Instandhaltungsaufwandes spart zwar kurzfristig Mittel ein, ist aber mittel- und langfristig wesentlich teurer und verlagert die dann höheren notwendigen Ausgaben nur auf die kommenden Haushalte.

Änderungsantrag 3:

Zu Produkt 2001 Finanzdisposition
Nachtbusverkehr einrichten

Es werden ausreichende Mittel eingestellt, um durch die MTV einen an die S- bzw. Regional-Bahn-Fahrpläne auch nachts abgestimmten Bus-Verkehr zum regulären RMV-Tarif anbieten zu können.

Begründung:

Seit einiger Zeit fahren die S-Bahnen im MTK nach 1 Uhr, seit September 2018 am Wochenende auch die ganze Nacht über, und künftig sollen die S-Bahnen auch unter der Woche durchgehend fahren. Dies ist nicht nur im Sinne von Party-Gängern, sondern vor allem im Interesse von Berufstätigen, die Schicht-, Früh- oder Spätdienste leisten und ihren Arbeitsplatz mit dem Nahverkehr erreichen oder von der Arbeit nach Hause wollen. Dazu ist es aber erforderlich, dass der Bus- bzw. AST-Verkehr im MTK nicht um 24 Uhr endet und erst um 5 bzw. 6 Uhr (sonntags) wieder aufgenommen wird, die Menschen also vom S-Bahnhof mit dem Nahverkehr nicht weiter bzw. dort nicht hinkommen. Ein Job-Ticket oder auch das "Deutschland-Ticket" nützen wenig, wenn sie mangels Nahverkehr-Angebot nicht genutzt werden können. Außertarifliche On-Demand-Angebote, die je nach Tageszeit an Start- und Zielort zu Zusatzkosten führen, senken die Attraktivität des ÖPNV für Pendelnde, statt sie zum Umstieg in Bus und Bahn zu motivieren.

Änderungsantrag 4:

Zu Produkt 5107 Erziehungs-, Jugend- und Drogenberatung
Dritte Erziehungsberatungsstelle einrichten

Im Produkt 5107 Erziehungs-, Jugend- und Drogenberatung werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, um eine dritte Erziehungsberatungsstelle im Main-Taunus-Kreis einzurichten (ca. 300.000 Euro). Zielstellung ist eine Erstberatung innerhalb von 14 Tagen, die Zielbeschreibung wird dementsprechend angepasst.

Begründung:

Seit Jahren sind die bestehenden beiden Erziehungsberatungsstellen in Flörsheim und Schwalbach massiv überlastet. Eine Wartezeit von mehr als 50 Tagen bis zu einer Erstberatung stehen dem Hilfezweck diametral entgegen. Um schnelle Abhilfe zu erreichen, soll eine dritte Erziehungsberatungsstelle geschaffen werden, wodurch sich auch die Erreichbarkeit deutlich verbessern würde.

Änderungsantrag 5:

Zu Produkt 1307 Wirtschaftsförderung
ExpoReal aussetzen

Der Main-Taunus-Kreis verzichtet im Jahr 2025 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung auf eine Teilnahme an der ExpoReal in München.

Begründung:

Nach Auskunft des Landrats belaufen sich allein die anteiligen Standkosten des Kreises auf der ExpoReal in München auf ca. 12.000 Euro. Hinzukommen Reise- und Übernachtungskosten für Mitarbeitende und Kreisausschussmitglieder. Gleichzeitig konnte auf Nachfrage keine konkrete geschäftliche Anbahnung benannt werden, die sich aus den seit vielen Jahren stattfindenden Messeteilnahmen ergeben hätte. Vor diesem Hintergrund und der aktuellen schwierigen Finanzlage soll der MTK in diesem Jahr auf eine Teilnahme verzichten bzw. wenigstens eine Verkleinerung des Messestandes und der Personalbesetzung prüfen.

Änderungsantrag 6:

Zu Produkt 5010 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Familien-Appartement von Frauen helfen Frauen finanzieren

Der Zuschuss an Frauenhäuser wird um 10 TEuro erhöht.

Begründung:

Weiterhin fehlen auch im Main-Taunus-Kreis Frauenhausplätze. Der Verein Frauen helfen Frauen hat deshalb auf eigene Kosten ein Appartement angemietet, um schutzbedürftige Frauen mit Kindern unterbringen zu können. Dieses wird bisher zu 100% aus Eigenmitteln finanziert und wird auf Dauer nicht durch den Verein getragen werden können. Die Bereitstellung von Gewaltschutzeinrichtungen ist staatlicher Auftrag. Die jährliche Miete von ca. 10.000 Euro sollte deshalb ab dem Jahr 2025 auch durch den Kreis getragen werden.

Änderungsantrag 7:

Zu Produkt 6107 Klimaschutz und Energiekompetenzzentrum
Klima-Crowdfunding zur Finanzierung des Kreis-Klimaschutz-Konzeptes

Zur Umsetzung des Kreis-Klimaschutz-Konzeptes (KKSK) initiiert der Main-Taunus-Kreis eine Crowdfunding-Kampagne. Die Mittel werden zweckgebunden für Maßnahmen des Natur- und Klimaschutzes eingesetzt. Im Produkt 6107 werden +1Mio. Euro erwartete Mehreinnahmen zur Umsetzung des KKSK gebucht.

Begründung:

Das im vergangenen Jahr verabschiedete Klimaschutzkonzept des Kreises steht schon laut Vorlage unter einem kompletten Finanzierungsvorbehalt. Dies zeigt sich nun auch im Produkt 6107, wo weniger finanzielle Mittel eingestellt sind, als in den Vorjahren. Der auch im Main-Taunus-Kreis spürbare menschengemachte Klimawandel erlaubt aber kein Abwarten auf

bessere finanzielle Zeiten. Viele Menschen sind bereit, sich aktiv an Maßnahmen des Klima- und Naturschutzes zu beteiligen, insbesondere dann, wenn lokale und regionale Auswirkungen direkt erkenn- und spürbar werden.

Hier setzt Klima-Crowdfunding an. Auch die Fachzeitschrift „Der Neue Kämmerer“ verwies kürzlich auf die Möglichkeiten (s. <https://www.derneuekaemmerer.de/news/digitale-finanzierung/buergerbeteiligung-fuer-energiewende-projekte-55899/>).

Änderungsantrag 8:

Zum Wirtschaftsplan der MTV GmbH

Einsparung bei den Raumkosten der MTV GmbH

Der Kreisausschuss möge mit der Geschäftsführung der MTV GmbH prüfen, wie die seit 2021 erheblich gestiegenen Raumkosten für die MTV GmbH künftig reduziert werden können, z.B. durch eine zumindest teilweise Rückholung in das (erweiterte) Landratsamt oder eine Verkleinerung der Mietflächen.

Begründung:

Laut den Angaben in den Beteiligungsberichten der Jahre 2021 und 2022 sowie im Wirtschaftsplan der MTV GmbH für die Jahre 2023 bis 2025 stiegen die Raumkosten der MTV GmbH im Jahr 2021 umzugsbedingt um 66.657 € und im Jahr 2022 um weitere 100.261 €, betragen 2023 dann 262.372 € und sollen 2025 auf 273.560 € steigen. Das ergibt monatliche Mietkosten von ca. 22.800 € bei 21 Mitarbeitenden. Hier sehen wir ein erhebliches Einsparpotential.

Änderungsantrag 9:

Zu Produkt 6108

Schaffung von Barrierefreiheit im Naturschutzhaus

Es werden ausreichende Mittel zur Planung eines barrierefreien Umbaus/Neubaus des Naturschutzhauses bereitgestellt.

Begründung:

Das Naturschutzhaus ist mit seinen verschiedenen Ebenen und Treppen für mobilitätseingeschränkte Menschen nicht nutzbar. Da in diesem Gebäude jedoch öffentliche Veranstaltungen und insbesondere auch Fortbildungsveranstaltungen, Seminare für Schulen mit Inklusion, usw. angeboten werden, ist die Herstellung der Barrierefreiheit sowohl beim Zugang zum als auch innerhalb des Naturschutzhauses im Sinne der Inklusion erforderlich.

Änderungsantrag 10:

Zu Produkt 3802 Rettungsdienst und Zentrale Leitstelle

Rettungsdienst stärken

Im Produkt 3802 Rettungsdienst und Zentrale Leitstelle werden für ein Fachkräftegewinnungs- und Qualifizierungsprogramm 100T Euro bereitgestellt.

Begründung:

Mit der Schließung der Hofheimer Notaufnahme kommen zusätzliche Belastungen auf die Rettungsdienste im Kreisgebiet zu. Auch Landrat Cyriax hat diesbezüglich angekündigt, dass ein weiteres Rettungsmittel angeschafft werden soll. Schon aktuell fehlt es aber im Rhein-Main-Gebiet immer wieder an Personal, um vorhandene Rettungsmittel zu besetzen und so die Versorgung aufrechtzuerhalten. Schon jetzt verletzt der Main-Taunus-Kreis die vom Land vorgegebenen Hilfsfristen regelmäßig (s. Bericht zu den Zielen 1 und 2 im genannten Produkt). Deshalb soll zusammen mit den Trägern der Rettungsdienste ein Programm zur Fachkräftesicherung in oben genannten Umfang aufgelegt werden.

Änderungsantrag 11:

Zu Produkt 5007 Hilfen in anderen Lebenslagen
Teilhabetpass für Menschen in Armut schaffen

Im Produkt 5007 Hilfen in anderen Lebenslagen werden 100T Euro für die Schaffung eines Teilhabepasses bereitgestellt.

Begründung:

Verschiedene Gemeinden haben für Menschen im Sozialleistungsbezug bereits Sozialpässe geschaffen. Der zukünftige Teilhabepass soll diese Angebote bündeln, erweitern und so ein attraktiveres und kreisweites Angebot schaffen, welches teilhabesichernd für Menschen in schwieriger sozialer Lage wirkt.

Änderungsantrag 12:

Zu Produkt 3402 Familien, Frauen, Gleichberechtigung (extern)
Verhütungsmittelfonds endlich umsetzen

Im Produkt 3402 Familien, Frauen, Gleichberechtigung (extern) werden 50 TEUR zugeworfen, um einen Verhütungsmittelfonds einzurichten.

Begründung:

Ähnlich wie bei Perioden- und Hygieneartikeln sind auch die Kosten für Verhütung für viele Menschen in Armutslagen nicht finanzierbar. Bis vor zwei Jahren plante der Kreisausschuss selbst in Anerkennung dieses Problems einen Verhütungsmittelfonds aufzusetzen. Inzwischen wurde von diesem Vorhaben leider Abstand genommen, obwohl die Situation für die Betroffenen unverändert ist. Dabei handelt es sich um eine sinnvolle und im Vergleich wenig kostenintensive Präventionsmaßnahme, auch um ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden.

gez.:
Thomas Völker

gez.:
Carola Gottas

gez.:
Dr. Barbara Grassel